

Brigitte Runge

2. Bevollmächtigte IG Metall Salzgitter-Peine



IG Metall
Salzgitter-Peine

Liebe Mitstreiter und Mitstreiterinnen und liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin froh, doch viele Menschen hier zu sehen. Und ich bin dankbar dafür, denn es ist leider keine Selbstverständlichkeit und vor allem auch in den Köpfen der BürgerInnen nicht mehr präsent, was wir vor mehr als 20 Jahren angestoßen und auf den Weg gebracht haben. Und viele Menschen glauben auch, das durch den Planfeststellungsbeschluss 2002 die Sache besiegelt wurde. Leider zeigt uns die Landesregierung, das sie uns nicht ernst nimmt, was sonst sollte es bedeuten, das der Umbau ohne Einschränkungen weiter geführt wird.

Wir müssen wieder in die Köpfe der Menschen Salzgitters und Umgebung. Wir müssen wieder präsenter machen, das wir den Widerstand noch nicht aufgegeben haben. Die Übergabe der 21000 Unterschriften an Olaf Lies am 04. September letzten Jahres war nur ein Anfang. Stimmen von Menschen, die sich gegen die Einlagerung von Atommüll in Schacht Konrad aussprechen. Und wir müssen noch viel mehr tun.

Ich bin sehr froh, das wir interessierte Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben haben, die, wenn es wieder mal an der Zeit ist zu zeigen, das wir uns von der Politik nicht vorführen lassen, dann auch gemeinsam für die Sache streiten. Und hier ist Streit vorprogrammiert.

Dies ist unsere Heimat, unser Wohnort, hier machen wir Sport und gehen unseren Freizeitaktivitäten nach und nicht zu vergessen, hier werden unsere Kinder aufgezogen und wir arbeiten hier.

In dieser Region existieren mehrere 10 Tausende Arbeitsplätze, die direkt oder indirekt im Umfeld des Schachtes angesiedelt sind. Da sind die großen Konzernunternehmen wie VW, MAN, Alstom, Bosch und auch die SZAG, mit ihrer Konzernzentrale. Aber es gibt auch unendlich viele kleinere Betriebe, die hier leben und arbeiten. Und alles in direkter Nähe. In der Nähe eines Schachtes der aus heutiger Sicht von Wissenschaft und Technik nachweislich nicht geeignet ist um Atommüll einzulagern. Bei der Übergabe der Unterschriften hat der Umweltminister gesagt: „Er nāme unsere Eingebungen sehr ernst und wolle prüfen, das weitreichende Konsequenzen ausgeschlossen werden.“ Davon ist aber nichts erkennbar.

Milliarden von Euros werden für den Umbau eingesetzt. Das ist fahrlässig und verantwortungslos von dieser Landesregierung und dessen Umweltamt. Mal eben

mehrere Milliarden Steuergelder zu verschwenden und trotz großer Widerstände der Bürgerinnen und Bürger den Umbau voranzutreiben.

Auch die Frage nach der Sicherheit der Transporte wird nicht sorgsam geprüft, genauso wie die Einlagerung von Atommüll auch. Ist es doch eher so, dass diese Fragen ebenfalls völlig ausgeblendet werden und keine Rolle spielen. So viele Fragen bleiben unbeantwortet. Es kann doch nicht sein, dass unser Veto einfach nicht zur Kenntnis genommen wird. Vielleicht waren wir noch nicht laut genug? Vielleicht sind wir zu nett? Vielleicht bekommen wir es noch einmal hin, wie am 31. Mai 2000 wo wir als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter unsere Interessen gegen Schacht Konrad mit einer einstündigen Arbeitsniederlegung deutlich gemacht haben. Damals haben sich 5000 Kolleginnen und Kollegen beteiligt. Ich weiß nicht ob wir das noch einmal hinbekommen, aber ich würde es gern versuchen.

Wir Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter können selbstverständlich auch anders, wenn es nötig sein wird.

Das niedersächsische Umweltministerium und auch die Bundesregierung müssen endlich zur Kenntnis nehmen, dass in der Nähe eines Atommüllendlagers keine neuen Arbeitsplätze geschaffen werden. Das Unternehmen ihre Investitionen eher auf der grünen Wiese einsetzen, ohne Gefahr zu laufen, dass ein Atomtransport die Lebens- und Arbeitsbedingungen zerstört. Und wir brauchen weiterhin Ansiedlungsmöglichkeiten, denn die Arbeit, wie wir sie bisher kennen, wird es in der Zukunft so nicht mehr geben. Wir alle reden von Umweltschutz, von CO² freier Produktion, von neuen Antriebsmöglichkeiten mit umweltfreundlichen Wasserstoff oder von Batterieangetriebenen Motoren. In einem so dicht besiedelten Raum, wo Wohnen und Arbeit nahe beieinander ist, darf es keine Einlagerung von Atommüll geben.

Wir leben und arbeiten hier und wir werden uns unsere Lebens- und Arbeitsräume nicht kaputt machen lassen. Und wir werden uns niemals damit zufriedengeben, dass hier die Ängste und Bedenken der Bürgerinnen und Bürger schonungslos ignoriert werden.

Wir wissen, dass nach heutigem Stand von Wissenschaft und Technik dieser Planfeststellungsbeschluss nicht mehr genehmigt würde. Und schon damals hätte nicht genehmigt werden dürfen.

Wir erwarten, eine ernsthafte Prüfung der Fakten wie Olaf Lies uns das zugesichert hat und nicht dass sich auf alte Beschlüsse berufen wird, die nichts, aber auch gar nichts mit der derzeitigen Situation zu tun hat.

Wir erwarten, dass unsere Einwände ernst genommen werden und wir erwarten, dass unsere Steuergelder nicht weiterhin dazu genutzt werden, den Ausbau zum Endlager weiterzuführen, sondern dass dies Vorhaben endlich gestoppt wird.

Vielen Dank